

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Verlag Heinrich Fahrenbrach, Düsseldorf 100, Tannenstr. 33, Tel. 4423 + Druck und Versand Joh. van Aken, Crefeld, Luth. Kirchstr. 65, Tel. 4692 + Bestellungen durch die Post für den Monat 1.— Mk.

Die Ansprüche der Arbeiterschaft auf Mitleitung und Mitbesitz der Wirtschaft.

Aus dem Vortrag unseres Verbandsvorsitzenden Kollegen Heinrich Fahrenbrach, gehalten auf der Verbandsgeneralversammlung zu Barmen, (9.-12. Juni 1924).

II.

Durch unser Streben nach Mitbesitz des Kapitals erkennen wir die Notwendigkeit des letzteren an, und zwar nicht nur des Kapitals, das in den Produktionsmitteln steckt, sondern auch des Geldkapitals. Wollen wir in den Mitbesitz gelangen, so dürfen wir nicht nur als Forbernde auftreten, sondern müssen vielmehr zunächst als Gebende Kapital in die Produktion hineinzubringen suchen. Ist das möglich bei der derzeitigen Verarmung unseres Volkes? Ich sage ja! Es kommen dabei zunächst in Betracht die Ersparnisse. Im Jahre 1913 waren in den öffentlichen und nichtöffentlichen Sparkassen 20 Milliarden Mark an Spargeldern vorhanden. Dazu kommt das Vermögen der Genossenschaften, das in der Hauptsache auch von Arbeitern stammt. Um zu wissen, um welche gewaltige Summen es sich hier handelt, sei nur angeführt, daß im Jahre 1913 das in Aktien und Kommanditgesellschaften auf Aktien angelegte Kapital bei 5488 Gesellschaften etwas über 17 Milliarden Mark betrug. Es ist wohl nicht zu hoch gegriffen, wenn die von den Arbeitnehmern in den öffentlichen und nichtöffentlichen Sparkassen sowie in den Genossenschaften angelegten Gelder auf 17 Milliarden Mark geschätzt werden, mit- hin auf die gleiche Summe, die bei den Gesellschaften investiert waren.

Die Verwendung der beiden Kapitalgruppen war nun eine ganz verschiedene. Das Großkapital legte seinen Besitz in Effekten an, während die Spargelder des kleinen Mannes durch die Sparkassen zumeist in öffentlichen und ländlichen Hypotheken oder in Staatsanleihen angelegt waren, wo sie wenig Gewinn brachten und durch die Inflation fast vollständig verloren gingen. Dagegen sind die Industrieanlagen heute noch vorhanden und hat sich der Substanzwert des Großkapitals erhalten können.

Wenn auch das inflationistische Denken weiter Volkswirtschaft und die hohen Lebenshaltungskosten heute noch keine Sparmöglichkeit wie in der Vorkriegszeit geben, so zeigt doch das Anwachsen der Einlagen in den Sparkassen, daß wieder Geld erübrigt werden. Nicht nur wegen des Kapitalmangels, sondern aus allgemein wirtschaftlichen Gründen muß die Sparsamkeit wieder mehr gepflegt und gefördert werden. Es wäre jedoch falsch, die Spargelder des kleinen Mannes für einen niedrigen Zinsfuß den Kommunalverbänden zur Verfügung zu stellen. Zu der Aufbringung der Kredite für Staat, Gemeinden und Hypotheken soll in der Zukunft einmal das Großkapital stärker herangezogen werden. Die Spargelder der Arbeitnehmer wollen wir mehr in die wirtschaftlichen Unternehmungen hineinstecken. Als Instrument dazu ist vor allem die Bank der christlichen Gewerkschaften, die Deutsche Volksbank, geeignet. Diese Bank wird nach ganz anderen Gesichtspunkten geleitet, als die anderen Bankunternehmungen. Auf Einzelheiten kann ich nicht eingehen. Bemerken will ich jedoch, daß es wohl die einzigste Bank ist, das einzigste Sparunternehmen, das die eingelegten Gelder voll aufwertet. Ein diesbezüglicher Beschluß ist bereits vom Aufsichtsrat gefaßt worden und wird sicher von der nächsten Generalversammlung gutgeheißen. Schon allein diese Maßnahmen sollten genügen, alle Arbeiter zu veranlassen, ihre Spargelder dieser Bank zuzuführen.

Ferner müssen die Finanzen der Verbände in der Zukunft noch weit mehr verwandt werden, um Einfluß in der Wirtschaft zu gewinnen. Wenn die Vermögen auch stark zusammengeschmolzen sind, so wird doch bei steter Entwicklung recht bald wieder ein großer Bestand angesammelt sein, der durch unsere Volksbank in geeignete Wirtschaftsunternehmungen hineingesteckt werden kann, um unseren Einfluß zu verstärken. Nebenbei sei hier darauf hingewiesen, daß es in der Zukunft nicht mehr genügt, einen durchaus tüchtigen und ehrlichen Kassensführer in den Verbänden zu haben, sondern daß danebengestellt werden muß ein tüchtiger Wirtschafts- und Finanzfachverständiger. Es kommt nämlich darauf an, den Mitbesitz berufsweise zu gestalten, so daß also, wenn auch nicht ausschließlich, die Mittel der Textilarbeiter in die Textilwirtschaft hineingesteckt werden. Dabei ziehe ich den Rahmen der Textilarbeiter sehr weit und rechne dazu die Arbeiter der gesamten Textil- und Bekleidungs- wirtschaft sowie auch die technischen und kaufmännischen Angestellten. Gewiß werden zunächst starke Widerstände bei der Arbeiterschaft selbst zu überwinden sein. Dauernde Aufklärung wird jedoch auch hier zu einer Umstellung der Denkweise und damit zu einer Stärkung der wirtschaftlichen Macht der Organisationen führen.

Ein weiterer Weg, um in den Mitbesitz an den Sachwerten der deutschen Wirtschaft zu gelangen, führt über die Umgestaltung des Bezugsrechtes. Wenn ein Unternehmen Aktien herausgibt, so sollte bestimmt werden, daß den Arbeitnehmern dieses Betriebes oder den Gewerkschaften, in denen die Arbeitnehmer organisiert sind, ein Bezugsrecht zu einem Begebungskurs gegeben wird, der nicht höher sein darf, als der für die bisherigen Aktienbesitzer. Diese Aktien könnten ruhig Namensaktien sein, nur dürfen sie in ihren Rechten keinerlei Beschränkung erfahren. Dabei will ich ausdrücklich betonen, daß unser Ziel nicht erreicht wird, wenn die Aktien in den Besitz des einzelnen Arbeiters gelangen und dieser nur die Dividende einstecken soll. Die Gewerkschaften müssen eine Treuhandorganisation schaffen, die die Verwaltung der Aktien und die Wahrnehmung der Rechte übernimmt, auch auf den Generalversammlungen der Gesellschaften. Allerdings wird sich dies nicht sofort erreichen lassen, da auch hier erst die Widerstände der Arbeitnehmer zu überwinden sind. Es müßte dem einzelnen Arbeiter selbstverständlich jederzeit das Recht der Veräußerung zustehen, doch sollte er gehalten sein, die zum Verkauf stehenden Aktien der Treuhandorganisation oder den Gewerkschaften zum Kauf anzubieten.

Ferner ließe sich der Mitbesitz erreichen durch Ausgabe von Genußscheinen. Sie hätten der Gewinnbeteiligung zu dienen. Der Gewinnanteil könnte in Form eines dividendeberechtigenden Genußscheines an die Arbeiter ausgegeben werden. Ob und wie diese Genußscheine für die einzelnen Arbeitnehmer abgestuft werden, ob und wie das Alter, die Leistung, die Dienstjahre in einem Betriebe berücksichtigt werden, darüber ließe sich eine Verständigung nicht allzuschwer erzielen. Die Dividende der Genußscheine wäre in ein prozentuales Verhältnis zu der Aktiendividende zu bringen. Es ist nicht einzusehen, warum nicht die Arbeiterschaft eines Unternehmens, durch deren Hände Arbeit und Fleiß ein zünftiger Jahresabschluß in der Hauptsache mit erzielt wurde, keinen Anteil an dem Gewinn haben sollte.

Auch hierbei wäre festzulegen, daß eine Übertragbarkeit der Genußscheine erschwert werden muß, daß jedoch die Übertragung an die Treuhandorganisationen der Gewerkschaften jederzeit möglich ist.

Finden in einem solchen Unternehmen Kapitalerhöhungen statt, so müßte zunächst die Umwandlung der Genußscheine in vollberechtigte Aktien vorgenommen werden.

Ich kenne schon die Einwände, die gegen die vorgetragenen Anregungen erhoben werden. Man weist immer wieder darauf hin, das Eigentum sei heilig zu halten, und es dürfe durchaus kein zwangsweiser Eingriff durch die Gesetzgebung erfolgen, um Eigentumsrechte des Einen auf den Anderen zu übertragen. Dabei wird immer wieder das Schlagwort von der Heiligkeit des Eigentums gebraucht. Ich kann diese Begriffsbestimmung nicht als richtig anerkennen. Darf etwa auch das Eigentum der Schieber, der Krieger- und Revolutionsgenossen nicht angetastet werden? Hat nicht etwa der Lohnarbeiter, der seine Kraft dauernd der Wirtschaft zur Verfügung stellt, ein größeres Unrecht auf den Mitbesitz der Wirtschaftsunternehmungen, als jene Kreise, die durch Wucher und Spekulation und Ausbeutung des Volkes ihr Vermögen erworben haben? Um die Reparationsfrage lösen zu können, haben deutsche Wirtschaftsführer selbst mit vorgeschlagen, etwa 25% unserer Effekten an die Reparationskommission oder eine ähnliche sonst dafür bestimmte Stelle zu übereignen. Der Sachverständigenausschuß hat einen anderen Weg gewählt, der, wie bereits geschildert, noch viel gefährlicher ist. Hat nicht die deutsche Arbeiterschaft ein viel größeres Recht auf den Mitbesitz an unseren Unternehmungen, als wie das feindliche Ausland?

Die Frage des Mitbesitzes der Arbeiter muß in irgend einer Weise gelöst werden. Mit theoretischen Erörterungen und Aufzählung der Schwierigkeiten kommen wir praktisch nicht weiter. Es gilt zunächst, das eigene verfügbare Kapital in den Dienst dieser Bestrebungen zu stellen und weiterhin unausgesetzt Propaganda für diese Bestrebungen zu machen und unseren Einfluß auch in der Gesetzgebung so zu stärken, damit wir dem Ziele praktisch näher kommen.

Dadurch würde auch der Wirtschaft gedient. Die meisten Besitzer von Industripapieren lassen sich nur

von dem Gedanken leiten: Wie verdiene ich am leichtesten und am schnellsten? Wo diese Ausflüchte winken, werden Selber angelegt. Die Erzielung einer hohen Dividende ist maßgebend für die Anlage des Kapitals. Nur wenige Kapitalisten haben ein Interesse an dem Ausbau und der dauernden Steigerung der Leistungsfähigkeit eines bestimmten Unternehmens. Heute kaufen sie Montanwerte, morgen Papiere der chemischen und übermorgen der Textilindustrie. Heute sind sie Mitbesitzer einer Gesellschaft zur Herstellung und Vertrieb religiöser Schriften, und morgen einer solchen von Schundliteratur. Ganz anders sind die berufstätigen Arbeiter und Angestellten als Mitbesitzer und Aktionäre daran interessiert, das Unternehmen, in dem sie tätig sind, und darüber hinaus die Unternehmen ihres Berufszweiges zur höchsten wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu bringen. Von diesen Erwägungen aus wird das Problem bisher viel zu wenig gewürdigt.

Wir müssen unausgesetzt aufklärend wirken und besonders in der Arbeiterschaft den Gedanken wecken und wachhalten, daß nicht auf dem Wege der Sozialisierung, wie ihn die Sozialdemokratie predigt, die Frage der Besitzbeteiligung und der Gemeinwirtschaft zu lösen ist, sondern nur dadurch, daß die Arbeitnehmer selbst zunächst ihre verfügbaren Mittel in die Produktion hineinstecken, die eigenen wirtschaftlichen Unternehmungen fördern und so einen starken Einfluß in der Wirtschaft selbst gewinnen. Ferner muß durch eine Stärkung des Einflusses in den gesetzgebenden Körperschaften auch bei gesetzgeberischen Aktionen den angebotenen berechtigten Forderungen der Arbeiter Geltung verschafft werden.

Vor allem ist notwendig ein verständnisvolles Zusammenarbeiten der Arbeiterorganisationen und der Genossenschaften. Daran hat es bisher gemangelt. Wir müssen die Konsum- und Produktgenossenschaftsbewegung nach Kräften zu fördern suchen und auch auf diesem Wege immer stärkeren Einfluß auf die Wirtschaft zu gewinnen. Vor allem halte ich auch ein gutes Zusammenarbeiten der christlichen Arbeitnehmerorganisationen, deren Mitglieder in der Textilwirtschaft tätig sind, für dringend erwünscht. Zu diesem Zwecke sollten wir uns an die Leitung des Bekleidungsarbeiterverbandes des D. N. W., des B. W. A. sowie der Techniker- und Werkmeisterverbände wenden. Nur durch gemeinsames, verständnisvolles Zusammenarbeiten der Textilfachgruppen der Angestelltenverbände mit den Arbeiterverbänden der Textil- und Bekleidungsindustrie kann ein dauernder Erfolg erreicht werden.

Kapitalismus und Sozialismus können jedoch nicht allein durch Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiete überwunden werden. Wir haben es hier vor allem mit Geistesströmungen zu tun, und zwar in der Hauptsache mit einer materialistischen Geistesströmung, die nur das Wohl des eigenen Ich kennt. Wir stellen dem gegenüber das Wohl der Gemeinschaft, der Gesamtheit. Unser ganzes wirtschaftliches Streben muß deshalb von diesem auch zu Opfern bereitem Gemeinschaftsgeist durchdrungen und getragen sein. Nur der Geist ist es, der auch hier lebendig macht. Nur starke sittliche Kräfte vermögen den Abgrund zwischen Kapital und Arbeit zu überbrücken, der heute unsere ganze Kultur zu verschlingen droht. Diese sittlichen Kräfte lassen sich nur aus den christlichen Lehren schöpfen. Stellen wir uns deshalb fest auf den Boden des christlichen Sittengesetzes und damit auf den Boden des Rechts. Nur auf diesem granitnen Fundament läßt sich die neue Wirtschaft und die neue Wirtschaftsordnung aufbauen, der unser ganzes Streben gilt.

Arbeitsperre.

Wir haben bereits in der Nr. 26 des Verbandsorgans darüber berichtet, daß die Arbeitgeber der Textilindustrie neuerdings wieder dazu übergehen, ihren Arbeitern den Arbeitswechsel zu erschweren und die Freizügigkeit zu unterbinden. Neuerdings erhalten wir aus Westfalen die Mitteilung über ein ähnliches Vorgehen der dortigen Arbeitgeber. Wir geben die Mitteilung im Wortlaut wieder:

500 Mk. u. pro Arbeiter 2 Mk. Geldstrafe. Diese Strafe bekommt der Arbeitgeber des Verbandes Münsterländischer Textilindustrieller, der Arbeiter einer anderen Firma einstellt, ohne daß dieselbe damit einverstanden ist. Man sollte es kaum für möglich halten, und doch ist es so. Die Mitgliederversammlung des Verbandes Münsterländischer Textilindustrieller faßte am 6. Juni folgenden Beschluß:

„Während schwebender Tarifverhandlungen dürfen Arbeiter anderer Mitgliedsfirmen nur mit deren Zustimmung eingestellt werden. Die Tarifverhandlungen gelten als in Schweben zwischen Kündigung eines alten und endgültigen Abschlusses eines neuen Tarifvertrages. Für jeden Fall der Zuwiderhandlung wird eine Geldbuße erhoben von 500 Mark und 2 Mark pro beschäftigten Arbeiter.“

Seit einigen Monaten sind die Tarifverhandlungen in der Münsterländischen Textilindustrie in der Schweben und es ist möglich, daß die endgültige Lohnregelung noch einige Monate auf sich warten läßt. Haben nun die Arbeit-

geber das Recht, mit solchen Mitteln gegen die Arbeiterchaft vorzugehen? Gerade in dieser Krise wirkt sich die Maßnahme der Arbeitgeber sehr scharf gegen die Arbeiter aus. Ein nicht unerheblicher Teil der Betriebe der Textilindustrie hat die Arbeit infolge der Wirtschaftskrise ganz eingestellt oder es wird kurz gearbeitet. Andere Betriebe arbeiten noch voll und haben tatsächlich noch Arbeitermangel und können infolgedessen Arbeiter einstellen. Es würde dadurch die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter vermindert, Staats- und Kommunalgelder für Arbeitslosenunterstützung erspart. Es liegen eine Reihe von Fällen vor, wo den Arbeitslosen und arbeitssuchenden Arbeitern eine Arbeitsaufnahme unmöglich gemacht wurde mit dem Hinweis, die Firma will sie nicht frei geben.

Man muß sich wundern über die Auffassung in Arbeitgeberkreisen, über die Arbeiterchaft auch dann noch verfügen zu wollen, wenn man ihr keine volle oder überhaupt keine Beschäftigung zu geben vermag und ihr für diese Zeit selbstverständlich auch keinen Lohn zu zahlen braucht. Der Beschluß des Arbeitgeberverbandes verstoßt zweifellos gegen die guten Sitten. Empfinden die Arbeitgeber denn nicht, daß sie dann auch verpflichtet sind, den dem einzelnen Arbeiter dadurch zugefügten Schaden zu ersetzen, auch dann zu ersetzen, wenn sie aus irgendwelchen Gründen nicht gerade gerichtlich dazu belangt werden können? Daß die Arbeiterchaft über solche Maßnahmen in eine furchtbare Erbitterung gerät, und diese Erbitterung sich eines Tages wieder gegen die Arbeitgeber auswirken muß, braucht nicht besonders betont zu werden. Der Arbeitgeberverband täte gut daran, diese vorkriegszeitlichen Praktiken zu unterlassen und statt dessen den Willen zur Verständigung aufzubringen und praktisch zu bekunden. Mit Maßnahmen, wie wir sie oben geschildert haben, wird nur dem Klassenkampfgedanken Vorschub geleistet.

Unter der Überschrift:

Muß das so sein?

geht uns aus Mitgliederkreisen folgende Beurteilung dieser Sperremaßnahmen zu:

Durch dieses Vorgehen bekunden die Arbeitgeber wie wenig sie darauf bedacht sind, wahre Demokratie, Freiheit und Gleichberechtigung gegenüber dem Arbeiter zu walten zu lassen. Wie trüben nicht manche Arbeitgeber in den letzten jahren Jahren von Arbeitnehmerfreundlichkeit, sagt aber, wo sie Morgenluft mitkriegen, sind alle guten Tugenden dahin, wird die Demokratie, die Anerkennung unserer Gleichberechtigung verleugnet. Der alte, brutale, antichristliche Geist, der alte Machtwille, der in dem Arbeitnehmer nur den Produktionsfaktor sieht, ist wieder zum Durchbruch gekommen. Nur so findet man für oben erwähnte Maßnahmen eine Erklärung. Diese Maßnahmen sind nicht nur unmoralisch, sie sind auch verfassungswidrig.

Artikel 163 der Reichsverfassung schreibt jedem Deutschen die Pflicht zur Arbeit vor. Zur Erfüllung dieser Pflicht braucht der Arbeiter Freizügigkeit. Diese Freizügigkeit soll ihm die Möglichkeit bieten, sich durch bestmögliche Bewertung seiner Arbeitskraft ein menschenwürdiges Dasein zu verschaffen. Die Freizügigkeit ist gerade heute, wo Betriebsengpässe und Lohnabbau die Existenz vieler Arbeiterfamilien gefährden, von doppelt hoher Bedeutung. Und ausgerechnet gerade jetzt sucht man dem Arbeiter den Stellungswechsel unmöglich zu machen und dadurch ihm die durch die Verfassung garantierte Freizügigkeit zu rauben. Man tut es, obwohl man dem Arbeiter weder Arbeit noch Brot in ausreichendem Maße zu bieten vermag. Der Arbeiter soll an den Betrieb gefesselt und für die Zwecke des Unternehmers gefügig gemacht werden. Dem egoistischen Bestreben des Arbeitgebers, sich einen Arbeiterstamm zu erhalten, wird die Existenz vieler Arbeiter geopfert.

Wie ist das möglich geworden? Gewiß, die gegenwärtige Wirtschaftskrise macht vieles verständlich; aber sie allein gibt keine richtige Erklärung. Wie hätten die Arbeitgeber gewagt, solche Mittel anzuwenden, wenn nicht neben den Zuständen im freien Gewerkschaftslager die Interessenlosigkeit breiter Arbeiterschichten sie dazu ermutigt hätte.

Wer abseits steht, nur wagt, keine Opfer bringen will, wer sich nicht dazu aufschwingen kann, für seinen Stand, für seine Mitarbeiter, für sein Vaterland das Beste hinzugeben, der braucht sich bei der geistigen Einstellung vieler Unternehmer nicht zu wundern, wenn das alte Bibelwort in die Erscheinung tritt, „Mein Vater hat euch mit Kauten geschlagen, ich aber werde euch mit Skorpionen züchtigen!“

Jedem denkenden Arbeiter drängt sich angefaßt dessen die Frage auf, soll der Arbeiter wieder zum Heloten, zum willenlosen Ausbeutungsobjekt herabgedrückt werden? Nein und tausendmal nein! Dann aber schließt die Reigen. Hoff die Arbeitsstehenden heran; rüttelt die Schlafenden auf. Schult euch, damit man euch von eures Wissens und eures beruflichen Könnens wegen achtet und ihr in der Lage seid, in der Vertretung eurer Belange mit den anderen Ständen gleichen Schritt zu halten. Helft mit an der wirtschaftlichen Hebung eures Standes, an der Schaffung einer Standeskultur, die den Arbeiter emporführt zur Freiheit, zum Licht. Vieles und schweres ist noch zu leisten. Doch, wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Vergesst nie: Vereint seid ihr alles, vereinzelt seid ihr nichts.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Verbandsgebiet.

Monat Juni 1924.

Die statistische Erhebung über Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit für den Monat Juni zeigt eine gewaltige Verschlechterung der Beschäftigungslage in der Textilindustrie. Durch unsere Konsumkrisis wurde erzielt = 90066 Mitglieder. Davon waren vollarbeitend = 4501 = 5,0% Kurzarbeiter = 35163 = 39,0%

Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit im letzten Jahre war folgende:

	Vollarbeitslose:	Kurzarbeiter:
Juni 1923	2,7% der Erzielen	44,6% der Erzielen
Juli	2,9%	43,7%
Oktober	14,2%	62,8%
Dezemb.	10,2%	51,3%
Juni 1924	5,0%	39,0%
April	0,8%	1,7%
Mai	0,6%	3,9%
Juni	5,0%	39,0%

Aus der obigen Darstellung ergibt sich mitnichten, daß die Beschäftigungslage im Juni 1924 fast ebenso schlecht ist wie die im gleichen Monat des Vorjahres, wo sich der passive Widerstand mit all seinen Hemmnissen noch im vollen Umfange auswirkte.

Charakteristisch ist die Heftigkeit, mit der wir von der Krise befallen wurden. Beim Vergleich mit den Zahlen des Vormonats ergibt sich, daß im Mai noch 95,5 Prozent unserer Verbandsangehörigen im vollen Verdienst standen, und daß es im Juni nur noch 56 Prozent sind.

Sicherlich ist aber bisher der tiefste Punkt noch nicht erreicht. Es ist damit zu rechnen, daß wir an die Zahlen von Oktober 1923 herankommen. Im Herbst vorigen Jahres wurden bekanntlich beinahe 80 Prozent unserer Verbandsangehörigen von der Krise heimgeführt. Damals trat, wie auch aus obiger Tabelle hervorgeht, die Gefundung recht schnell ein. Wenn nicht alles täuscht, wird der Genesungsprozess diesmal viel länger dauern.

Die Mitglieder unserer Organisation werden auch jetzt wieder genau wie 1923 besonders stark betroffen, weil im Westen, also im Rheinland und in Westfalen die Krise am schärfsten ist. Folgende Aufstellung mag das zeigen:

Rheinland u. Westf.:	Erfaßt 49 628 Mitgl.,	Vollarbeitsl. 6,4%	Kurzarbeiter 46,5%
		Zusammen: 52,9%	
		Vollarbeitsl. 3,2%	Kurzarbeiter 29,8%
		Zusammen: 33,0%	

übrig. Verbandsgebiet: „ 40 438 „

Die Beteiligung an der Berichterstattung ließ diesmal wieder zu wünschen übrig. Nicht erfaßt waren 6160 Verbandsangehörige. Ganz fehlte das frühere Sekretariat Schmalkenberg. Ueberaus unvollständig berichtet seit Monaten das Sekretariat Lohberich und das neue Sekretariat Münsterland. Das letztere ist besonders bedauerlich, weil damit auch der Bezirk Westfalen seine frühere mustergültige Pünktlichkeit preisgegeben hat. In der nächsten Zeit kommt es wieder besonders darauf an, einen möglichst genauen Überblick über die Lage des Arbeitsmarktes zu haben. Die Berichterstattung in den Ortsgruppen wollen darum gerade in der jetzigen schweren Zeit ihre Pflicht erfüllen und die Nachweisungen erstens pünktlich, dann aber sorgfältig und gewissenhaft ausgefüllt an die Zentrale einpendeln.

Allgemeine Rundschau.

Vorbereitungen zum Sturm gegen die Sozialpolitik.

Der Arbeitgeberverband für die Textilindustrie für Cappel und Umgebung ersucht seine Mitglieder durch Rundschreiben (Rundschr. Nr. 81, Sgb. Nr. 486/24 Dr. D/Pf) vom 1. Juli 1924, um Einreichung statistischer Zahlenmaterials über die Höhe der Beiträge zur Sozialversicherung. Dagegen wäre an sich nichts einzuwenden. Was aber von unsern Mitgliedern beachtet werden sollte, ist die Begründung, die dem Ersuchen beigegeben wird. Es heißt darin:

„5. Betr. Belastung der Wirtschaft durch Beiträge zur Sozialversicherung und Erwerbslosenfürsorge.“

Es ist festgestellt worden, daß die allgemeine Höhe der Beiträge zur Sozialversicherung mehr als das Doppelte dessen beträgt, was in Friedenszeiten von der Wirtschaft an Beiträgen aufzubringen war. Um die augenblickliche, unerträgliche Höhe der Beiträge sowohl in der Öffentlichkeit, wie der Regierung und dem Reichstage gegenüber festzustellen, bedarf es eines umfassenden statistischen Zahlenmaterials. Einer Anregung der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände folgend, bitten wir daher unsere Mitglieder, die Erhebungen, die zweifellos erhebliche Mühe machen, nicht zu scheuen und uns in Beantwortung des nachstehenden Fragebogens die erbetenen Angaben — wenn eben möglich — bis zum 10. Juli d. J. zugehen zu lassen.“ (Unterstrichen.)

Aus dem Inhalt des Rundschreibens ist mit aller Deutlichkeit zu ersehen, daß die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände sich eifrig bemüht, den Abbau der Sozialversicherung vorzubereiten. Wenn sie das angeforderte Material erhalten und „bearbeitet“ hat, wird sie damit an die „Jessenität“ und vor Regierung und Reichstag treten und den Abbau der Sozialversicherung fordern. Das Rundschreiben ist eine Warnung an die deutschen Arbeitnehmer. Je stärker und einflussreicher die Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten sind, um so weniger werden die Arbeitgeber ihre sozialrückständigen Pläne verwirklichen können.

Sacob Gutekunst †

Der langjährige Vorsitzende des Bergisch-Niederrheinischen Bandwirkermeister-Verbandes ist am 12. Juli im Alter von 81 Jahren gestorben. Gutekunst hat sich schon sehr früh in der sozialdemokratischen Bewegung eifrig betätigt und große persönliche und finanzielle Opfer für die sozialistische Arbeiterbewegung gebracht. Als Leiter des Bandwirkermeister-Verbandes, einer Organisation der hausindustriellen Seidenbandwirker des Bergischen Landes und des Niederrheins, lernte er immer mehr einsehen, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse sich nicht nach sozialistischen Doktrinen gestalten lassen. Er war Realpolitiker und hat mit unüßlicher Mühe die Interessen der Hausbandwirker wirksam wahrzunehmen versucht. Das war nicht leicht. Zwar bestand ein Gegenseitigkeitsvertrag zwischen dem Bandwirkermeister-Verband und der Fabrikantenvereinigung, laut welchem alle Bandwirkermeister dem Verbandsangehörigen mußten, falls sie bei den Mitgliedern des Fabrikantenverbandes Beschäftigung finden wollten. Diese Stärke des Bandwirkermeisterverbandes war jedoch auch immer eine seiner Hauptschwächen. Die Anhänger der widerstreitenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Anschauungen, von radikalsten kommunistischen bis zur konservativen sind kaum zu einer einheitlichen Einstellung zu bringen und schwer zu geschlossenem Vorgehen zu bewegen. Ferner hat der mangelnde Opfergeist bei vielen Verbandsmitgliedern, die sehr zerstreut wohnen und wenig Fähigkeit miteinander haben, die Schaffung eines Kampffonds verhindert. So fehlten dem Verbands die wichtigsten Voraussetzungen für eine wirksame Interessenvertretung: ein einheitliches Wollen und eine Kriegskasse.

Trotzdem hat Gutekunst unter den schwierigsten Verhältnissen dank seiner klugen Taktik und seiner rastlosen Arbeit sowohl auf wirtschaftlichem wie auf sozialpolitischem Gebiete manch Gutes für die Hausindustrie erreicht. Er hielt dabei enge Fühlung mit den Vertretern der Textilarbeiterverbände und insbesondere auch mit den Führern unseres Verbandes im Bergischen Bezirk. Es wurde mehrfach in Besprechungen und auf Konferenzen ernstlich erregt, wie der Bandwirkermeisterverband mit den Textilarbeiterverbänden in eine engere organisatorische Verbindung gebracht werden könnte. Am zweckmäßigsten erschien eine Regelung in der Form, daß die hausindustriellen Bandwirker Mitglieder des Bandwirkermeisterverbandes blieben, daneben jedoch je nach der weltanschaulichen Einstellung

einem der beiden Textilarbeiterverbände angehören sollten. Dadurch wäre eine viel bessere Vertretung gemeinsamer Interessen möglich gewesen. Durch mangelnden Weitblick und politische Engstirnigkeit der Gegner von Gutekunst im Bandwirkermeisterverband und im Deutschen Textilarbeiterverbande zerklüfteten sich diese Bestrebungen immer wieder, zum Schaden der Bandwirker.

In der Nachkriegszeit wurde Gutekunst von den recht rührigen, radikal sozialistischen und kommunistischen Verbandsmitgliedern scharf bekämpft und von seinem Posten verdrängt. Er geriet dadurch auf seine alten Tage mit seiner Frau und seinem bald hundertjährigen Schwiegervater in schwerste wirtschaftliche Not, da der Bandwirkermeisterverband durch seine finanzielle Ohnmacht nicht in der Lage war, ihm aus Kassenmitteln eine angemessene Versorgung sicherzustellen. Gutekunst konnte jedoch noch erleben, daß seine kommunistischen Gegner sehr schnell abgewirtschaftet hatten und die Leitung niederlegen mußten.

Wenn Gutekunst auch einer anderen Weltanschauung anhing, so haben wir in ihm doch einen ehrlichen, charakterfesten, klugen und jederzeit opferbereiten Arbeiterführer kennen und achten gelernt, der sich stets für das Wohl der in der Seidenbandindustrie tätigen Haus- und Fabrikarbeiter nach bestem Können einsetzte. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Raus aus die Kartoffel — rein in die Kartoffel.

In den letzten Monaten hatten die Kommunisten vielerorts eine Bewegung zum Austritt aus den freien Gewerkschaften und zur Schaffung eigener Industrieverbände organisiert. Teilweise haben die freien Gewerkschaften ihrerseits den radikalsten Kommunisten den Stuhl vor die Türe gesetzt. Diese Austrittsbewegung hat nicht den Beifall der kommunistischen Drahtzieher in Moskau gefunden. Deren Taktik geht nach wie vor dahin, durch eine intensive Wühlarbeit in den freien Gewerkschaften diese für den Kommunismus turnkreuz zu machen. Darum hat der kürzlich stattgefundene fünfte Kongress der kommunistischen Internationale folgenden Beschluß gefaßt:

„Der Weltkongress stellt fest, daß die Haltung Schumachers und Genossen den Kongressbeschlüssen zuwiderläuft. Die Entscheidung der Austrittsbewegung war revolutionär schädigend, weshalb sie der Kongress verurteilt. Der Weltkongress fordert die Arbeiter auf, in die Gewerkschaften zurückzukehren, da die Gewerkschaften Sammelbecken aller Werktätigen sind und ein Verlassen derselben Desertation bedeutet.“ Das Berliner kommunistische Organ „Die rote Fahne“ sagt dazu (Nr. 69, 1924): „Hier gibt es keine Auslegungskünste und verschiedenen Deutungen mehr. Zurück in die Gewerkschaften! ruft der Kongress allen Kommunisten, allen revolutionären Arbeitern zu. Und wir wissen, es gibt keinen Kommunisten, der sich dieser Entscheidung widersetzen wird.“

Die aus den freien Gewerkschaften Ausgetretenen und Hinausgeworfenen müssen also auf Moskaus Geheiß bei den verlästerten und beschimpften Zentralgewerkschaften und deren „Bonzen“ bittend anknöpfen, um wieder in Gnaden aufgenommen zu werden. Und warum das? Etwa weil man das arbeiterfahndende der gepflogenen Zerlegungsarbeit eingesehen hat? Beileibe nicht. Die Entscheidung der Austrittsbewegung war revolutionär schädigend, weshalb sie der Kongress verurteilt.“ Diese Worte des Kongressbeschlusses besagen genug. Man glaubt durch den Stellenbau, durch die Ministerarbeit in den freien Gewerkschaften der kommunistischen revolutionären Idee besser zu dienen. Darum der Beschluß.

Daß die Kommunisten garnicht die Absicht haben, ihre Wühlarbeit aufzugeben, hebt die „rote Fahne“ selbst mit aller Deutlichkeit hervor. Sie schreibt:

„Die gewerkschaftliche Einheit ist notwendig, aber sie kann und wird nur sein eine Einheit zum Kampf gegen das Kapital. Dies allein bedingt schon, daß wir Kommunisten in keinem Punkt verzichten auf den rücksichtslosen Kampf gegen jene Elemente in der Gewerkschaftsbewegung, die aus ihr einen Sammelplatz für sozialdemokratische Bankrotteure, für die Arbeitsgemeinschaftler mit dem Kapital und für Konterrevolutionäre machen wollen. Nicht von der Gnade der Leipart, Graßmann und Genossen, sondern von dem Willen des Gesamtproletariats soll und muß die Geschlossenheit in der deutschen Gewerkschaftsbewegung abhängen. Einigkeit gewiß, aber Einigkeit zum revolutionären Klassenkampf gegen den Kapitalismus, das ist die Lösung.“

Mit den sozialdemokratischen Bankrotteuren, den Arbeitsgemeinschaftlern und den Konterrevolutionären sind jene vernünftigen Elemente gemeint, die bestrebt sind, positive, aufbauende, praktische Gewerkschaftsarbeit zu leisten. Ihnen wird nach wie vor der rücksichtslose Kampf angesetzt.

Es fragt sich nun, ob die freien Gewerkschaften den Willen und die innere Kraft aufzubringen vermögen, diese Taktik der Kommunisten zu durchkreuzen. Im Interesse der so unbedingt nötigen inneren Gefundung der Arbeiterbewegung wäre das dringend zu wünschen.

Agrarkrise und sozialdemokratische Agitation.

Dazu schreibt „Der Deutsche“: Die Reichsregierung hat einen Gesetzentwurf über Zölle und Umsatzsteuer dem Reichswirtschaftsrat und dem Reichsrat zugehen lassen. Durch die Vorlage soll der Regierung die Ermächtigung gegeben werden, die autonomen Zölle für Getreide wieder einzuführen, mit der gleichzeitigen Ermächtigung, sie bis auf die Vertragszölle zu ermäßigen. Die Umsatzsteuer soll als eine gewisse Kompensation für den Verbraucher von 2/3 auf 2 Prozent herabgesetzt werden. Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß eine weitere sukzessive Herabsetzung der Umsatzsteuer von der Regierung geplant ist. Der neue Generalzolllarif, der als Unterlage und Instrument für Handels-Vertragsverhandlungen gilt, wird nach Ansicht der Regierung wohl kaum noch in diesem Jahre fertiggestellt werden können. Die Regierung muß aber während dieser Zeit des Uebergangs bei wirtschaftlichen oder Handelsvertragsverhandlungen mit anderen Ländern schon etwas in der Hand haben, sonst ist sie hilflos. Die Agrarzölle sind bekanntlich während des Krieges suspendiert worden und bedürfen zu ihrer Wiederherstellung, sei sie ganz oder teilweise, eines Gesetzes. Dem will jetzt die Reichsregierung durch Einbringung eines Ermächtigungsgesetzes Rechnung tragen.

So der klare Sachverhalt. Der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Gesamtverband der christlichen

Gewerkschaften konnten wegen der Kürze der Zeit zu diesen Fragen im einzelnen noch nicht endgültig Stellung nehmen. Der D. G. B. wird sowohl hinsichtlich der Not der Landwirtschaft, des Kreditwesens, der Preis- und Kartellpolitik, der Steuern, der Frachten und des Zollschutzes für Industrie und Landwirtschaft in einer Denkschrift Stellung nehmen.

Die Sozialdemokratie und freien Gewerkschaften glauben nun einen neuen Aufstieg in ihren Organisationen dadurch zu erreichen, daß sie sich gegen den Schutz der nationalen Arbeit in Industrie und Landwirtschaft auf das heftigste wenden. Man scheut sich nicht, um der Agitation willen genau wie ehemals, wichtige wirtschaftliche Fragen wie die Schutzollfrage aus dem Rahmen rein wirtschaftlicher Erwägungen herauszuziehen und als politische Forderungen zu mißbrauchen.

Ein „Vorwärts“-Bericht über die Verhandlungen der Gewerkschaften beim Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft betont, daß der Vertreter der christlichen Gewerkschaften, Baltrußsch, erklärt habe, „daß heute die Landwirtschaft nur durch Schutzöllle wieder aufzublähen vermöge“.

Wie objektiv der „Vorwärts“ übrigens in der angezogenen Notiz vom 16. Juli betitelt „Gewerkschaften gegen Schutzöllle“ berichtet, mag daraus hervorgehen, daß der „Vorwärts“ seine Verwunderung über die Stellungnahme Baltrußschs im Reichswirtschaftsrat in der Zollfrage ausdrückt, obwohl Baltrußsch in der fraglichen Reichswirtschaftsratsitzung überhaupt nicht das Wort ergriffen hat.

Sozialpolitisches.

Der Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten

brachte drei Fragen zu einer vorläufigen Erledigung: die Erhöhung der Bezüge der Unfallrentner, der Sozialrentner und der Bezugsberechtigten für Wochenhilfe in der Sozialversicherung.

Für die Unfallrentner wurde ein Antrag der Vertreter der Mittelparteien der Abgeordneten Frau Leusch, Dr. Moltenhauer, Schwarzer und Genossen angenommen, möglichst bald durch ein neues Gesetz die Individualrente im Sinne der Goldmarkleistung der Vorkriegszeit und im Verhältnis der heutigen täglichen Arbeitsverdienste einzubringen.

Für die Sozialrentner wurde eine Erhöhung der Bezüge infolgedessen erreicht, als eine Erhöhung des Reichszuschusses von 36 auf 48 Mark jährlich beschlossen wurde. Eine weitere Erhöhung der Leistungen wird den Beratungen innerhalb der Fraktionen und des Haushaltsausschusses vorbehalten.

Für die Wochenhilfe wurde das Entbindungsgeld auf 25 Mark und das Wochengeld auf mindestens 50 Goldpfennige und das Stillgeld auf 25 Goldpfennige täglich festgesetzt. Einem Antrag Leusch und Genossen entsprechend sollen die Kassenvorstände angewiesen werden, diese Beträge mit Ausnahme des Stillgeldes möglichst in festen Säzen einmal oder in einigen wenigen Raten auszusahlen, um bei der herrschenden Geldknappheit die Möglichkeit zu geben, die notwendigen Einkäufe zu machen.

Aus unserer Bewegung.

„Was geht in den christlichen Gewerkschaften vor?“

Unter dieser Fragestellung brachten die Barmer „Westdeutsche Rundschau“ und deren Kopfbild „Das Vaterland“ die Meldung, der Zentralverband der Landarbeiter habe sich von den christlichen Gewerkschaften losgesagt, die evangelischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften hätten damit den Anfang einer schiedlichen Lösung von dem katholischen Teil der Bewegung gemacht — was eine Folge der „ultramontanen Herrschaft“ in den christlichen Gewerkschaften sei — und ähnliche Ungereimtheiten mehr.

In Nr. 157 vom 7. Juli 1924 Ihrer geschätzten Zeitung bringen Sie auf der ersten Seite unter der Ueberschrift „Was geht in den christlichen Gewerkschaften vor?“ eine Notiz aus Berlin, nach der sich ein Abmarsch der evangelischen Arbeiter aus den christlichen Gewerkschaften vorbereitet. Der Zentralverband der Landarbeiter soll danach bereits am 27. 6. sein Verhältnis zum Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften gelöst haben.

zu berichten, daß die ganze Notiz falsch ist. Der Zentralverband der Landarbeiter hat keine Mitgliedschaft im Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften nicht gelöst. Auch ist von einem Abmarsch der evangelischen Arbeiter aus den christlichen Gewerkschaften nicht die Rede, sondern im Gegenteil, es ist eine lebhafteste Bewegung unter den evangelischen Arbeitern Mittel- und Ostdeutschlands im Gange, um in größerer Zahl den christlichen Gewerkschaften beizutreten und um sich in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung mehr wie bisher aktiv zu beteiligen und in der Vertretung der Bewegung sich zur Geltung zu bringen.

Die Gewerkschaften beim Reichskanzler.

Der Reichskanzler empfing in Anwesenheit des Reichsministers der Finanzen und des Reichswirtschaftsministers die Vertreter der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften. Den Gegenstand der Besprechung bildete die Belastung des deutschen Volkes durch das Sachverständigengutachten. Die Vertreter der Gewerkschaften wiesen auf die Notwendigkeit einer gerechten Verteilung der Lasten hin.

Ein religiös-ethischer Kursus.

Der Volksverein hat in Verbindung mit dem D. G. B. einen religiös-ethischen Bildungskursus für führende kath. Gewerkschaftler veranstaltet. Der Kursus fand in dem vom Volksverein neuerrichteten Kursusheim (früher Kurhaus Inselbad) in Paderborn statt. Ein Teilnehmer schreibt uns: Die Bezeichnung „religiös-ethischer Kursus“ wird für den materialistisch eingestellten Menschen etwas gruselig klingen.

Und doch sucht gerade in unseren Tagen die Welt, wenn auch vielleicht noch häufig unbewußt, nach Religion.

Auch in den Kreisen der sozialistischen Bewegung ist heute ein Sehnen und Suchen nach Besserem und Höherem zu verzeichnen. Ohne Religion hat die Menschheit nie ein erträgliches Zusammenleben führen können.

Daß mit der Religion in den letzten Jahrzehnten hier und dort Schindluder getrieben worden ist, wird keiner bezweifeln wollen. Unter dem Deckmantel der Religion ist manches sinkende, modernde und übertriebende Gedeih verdeckt worden.

Eine Frage, die man mit einem Satz beantworten kann, und die doch Bände füllt. Wo ist überhaupt noch wahre, echte tiefere Religion unter den Menschen vorhanden?

Die Beobachtung kirchlicher Einrichtungen und Formen, äußerliche Pflichtenfüllung und Lippengebet sind keine Religion. Religion ist auch nicht das bloße Forschen und Suchen nach Gottesbeweisen. Religion ist persönliche Erleben, ist tiefinnerliches Erfahren von der Größe und Erhabenheit eines Unendlichen, eines Wesens, das die Menschheit liebt mit einer unendlichen Liebe.

Diese tiefinnerliche Auffassung von der Religion muß wieder hineingetragen werden in die Familie, in die Berufsorganisation, in die Staatsgemeinschaft. In den Gedankengängen wickelte sich das Programm des Paderborner Kursus ab. Die beiden Vortragenden Herren Dr. Pleyer und Rektor U. Reinen führten in geradezu meisterhafter Form die einzelnen Themen aus.

Ein Kursus für Wohlfahrtspflege

für Mitglieder der christlichen Arbeiterbewegung (christliche Gewerkschaften und konfessionelle Ständevereine) aus Rheinland und Westfalen fand am 11. und 12. Juli 1924 in Köln statt. Er war einberufen vom Zentralwohlfahrtsausschuß der christlichen Arbeiterschaft in Berlin und vom Landeswohlfahrtsausschuß für die Rheinprovinz. Der überaus gute Besuch bewies, daß die Veranstaltung der Tagung einem tief empfundenen Bedürfnis entsprach.

von Wohlfahrtsberatern und Ferienheimen wurden erörtert. Zum Schluß gab die Leiterin der Abteilung Wohlfahrtspflege im Verbands weiblicher Angestellter einen interessanten Uebersicht über die von diesem Verband und dessen Zweigstellen auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege geleistete Arbeit.

Die Tagung war außerordentlich fruchtbar. Die Referenten gaben ihr Bestes; sie fanden auch dankbare interessierte Zuhörer. Aus diesen sprach der feste Wille, die empfangenen Anregungen Lat werden zu lassen. Es darf man die Hoffnung hegen, daß der Kurzus wesentlich zur Gründung neuer und zum Ausbau bestehender Wohlfahrtsausschüsse innerhalb der christlichen Arbeiterbewegung und zu einer regen Betätigung der christlichen Arbeiterschaft auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege beitragen wird.

Bemerkenswert war auch der Geist, der die Tagung besetzte. Einmütig war man der Auffassung, daß nur reine, selbstlose Liebe zu den bedrängten Ständen- und Volksgenossen Triebfeder für unsere Arbeit in der Wohlfahrtspflege sein dürfe. Agitatorische Gesichtspunkte hätten auszuschalten. Mit den christlichen Wohlfahrtsorganisationen soll ein Mit- und füreinanderarbeiten erstrebt werden.

Sehr stark trat auch der Wille zur Mitarbeit in der öffentlichen Wohlfahrtspflege hervor. Zunächst soll überall die Anerkennung unserer Wohlfahrtsausschüsse und deren Vertretung in den amtlichen Wohlfahrtsinstitutionen erstrebt werden. Dann aber will die christliche Arbeiterschaft vor allem auch durch ihre praktische Mitarbeit in der ausführenden Fürsorge sich Einfluß und Anerkennung erringen.

Möge der stattgefunden Kursus sich allenthalben in diesem Sinne auswirken und die auf ihn gesetzten Hoffnungen in reichstem Maße erfüllen.

Lohnbewegungen und Arbeitsstreitigkeiten.

Die Arbeiterferien in der Krefelder Seiden- und Sammetindustrie.

In der Woche vom 10.—16. August 1924 erhalten die Arbeiter in der Seiden- und Sammetindustrie einheitlich Ferien. Zwischen dem Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands, sowie dem Deutschen Textilarbeiterverband und dem Arbeitgeberverband der rheinischen Seidenindustrie ist in Ausführung und Ergänzung der Bestimmung der Ziffer VII des Rahmenvertrages vom 27. 2. 24 ein besonderes Ferienabkommen für das Jahr 1924 geübt worden.

In der Sammetindustrie ist die Ferienfrage im Abschnitt H. des Manteltarifes vom 25. 2. 24 geregelt. Als Ferienvergütung wird der Zeitlohn einer Woche einschließlich Familienzulage bezahlt. Ründet ein Arbeiter in einem Betriebe, ehe Ferien gegeben worden sind, so ist keine Vergütung zu zahlen, kündigt ein Arbeitgeber, ehe Ferien gegeben worden sind, so ist Ferienvergütung zu bezahlen.

Die Lohnsätze in der Krefelder Seidenindustrie verlängert.

Am 20. Juni 1924 waren die Tarife sämtlicher Fachgruppen abgelaufen. Verhandlungen über den Neuaufschuß der Verträge blieben ergebnislos. Deshalb befahte sich am 11. 7. 24 der staatliche Schlichtungsausschuß W. Gladbach mit den Lohnhöhen. Nach mehrstündigen Beratungen wurde folgende Einigung erzielt:

- 1. Die Tarife vom 26. 4. 24 bleiben unter Berücksichtigung von 3. 2. vom 20. 6. bis 15. 8. in Kraft. Sie laufen vier Wochen weiter, wenn nicht zwei Wochen vorher gekündigt wird.
2. Die Arbeitgeber verpflichten sich, im Laufe der kommenden Woche mit den Conseilberatern, zwecks Bewilligung einer Leistungszulage in Verhandlung zu treten.

Aus dem Verbandsgebiet.

Konferenzen in Südbayern.

Zur Berichterstattung über die Verbandsgeneralversammlung fanden für Südbayern, in Augsburg und Kempten Konferenzen statt. Fast alle Ortsgruppen waren durch Delegierte vertreten. Es herrschte eine sehr gute Stimmung. Als Vertreter des Zentralvorstandes war der Kollege Kümmele aus Lorch in Baden erschienen, der neben den Konferenzen auch noch in Lammstadt, Hindelang und Kempten in gut besuchten Versammlungen Referate erstattete und überall herzlich aufgenommen wurde.

Die Berichte über die Verbandsgeneralversammlung wurden gegeben in Augsburg von dem Kollegen Röhert und in Kempten von dem Kollegen Egger. Es war daraus zu entnehmen, daß der in Barmer stattgefundenen Verbandstag in voller Einmütigkeit verlassen ist. Die Delegierten waren sich einig in dem Bewußtsein, daß es gilt, dem christlichen Textilarbeiterverband wieder den alten gewerkschaftlichen Geist zu geben. Viele unserer Mitglieder wurden mit hinein gerissen in den Strudel des materialistischen Zeitgeistes. Das war die Zeit, wo die Gewerkschaft im allgemeinen nur als Lohnbewegungsmaschine betrachtet wurde, statt als Bewegung, die, getragen von Pflichtbewußtsein und Verantwortung, sich einfügen muß in das Volksganze. Die Berichte der Zentralversammlung und der einzelnen Referate haben gezeigt, daß trotz der verflochtenen schweren Zeit und der geradezu verhängnisvollen Sanktion, sich unser Verband gut gehalten hat. In Bezug auf Lohn- und Tarifwesen gab es eine riesige Arbeit zu

bewältigen; damit wurde das Bildungswesen in den Hintergrund gedrängt. Unsommer muß jetzt alle Kraft aufgewandt werden, zur Schulung unserer Mitglieder in der Sozial- und Wirtschaftspolitik.

Das Referat des Bezirksleiters Kümmele war aufgebaut auf dem Gedanken: „Wie kann die gegenwärtige allgemeine und soziale Lage gebessert und wie können die Forderungen unseres Verbandes durchgesetzt werden?“

In der Aussprache zeigte sich, daß alle Konferenzteilnehmer mit den Beschlüssen des Verbandstages einverstanden waren. Wenn auch die neuen Beiträge manchem hoch erschienen, so sind dieselben doch notwendig, um den Verband wieder finanziell zu stärken.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Beim niederrheinischen Handweber.

Ein trauriger Wink! Die niederrheinische Weberstube auf der Köhler Heimatschau! Breit und einladend steht da der raumfüllende Wehrstuhl oder, wie die Leute vom Niederrhein ihn wegen seiner vielen Seile und Laue nennen, das „Gelaun“.

Und doch, um ein Weberzimmer sich ganz naturgetreu vorzustellen, was man sich die Stube weit hinaus ins Land, dort unten in die fruchtbarsten Gegenden des Niederrheins hineinzuversetzen, muß der heile Sonnenstrahl durch kleine Fensterlöcher lächeln.

Doch läßt uns der alte, lebenswichtige Hausweber, Wilhelm Winkhausen aus Süchteln, der die Besucher der Heimatschau so reichhaltig zu unterhalten weiß, selbst erzählen, wie das Leben in Weberhäusern sich abwickelt.

Wir Hausweber waren nie auf Kojen gebettet, doch immer zupfunden und glücklich. Mit blauem Kittel und brauner Schürze bekleidet, saßen wir vor unserem Wehrstuhl, von früh morgens bis zum späten Abend, im Sommer gewöhnlich von 6-9, im Winter von 7-9 Uhr.

„Nohschött“, und stets darauf zu achten, daß auch die vorgeschriebene Kruzanzahl erreicht wurde. Hatte der Handweber ein sogenanntes „Pohlgereth“ fertig gewebt, so wurde eine Pause gemacht und ein Pfeifen angezündet.

Eine besondere Bedeutung kam dem Liefertag zu. Vorher wurde das fertige Stück nochmals genau befehen und von allen Knötchen, soweit nicht schon gesehen, befreit. Dann folgte eine gründliche Reinigung.

Freudig zählte er zu Hause die blanken Taler auf den Tisch. Für alle fiel etwas ab. Der „Song“ lief schnell zur nächsten Schenke, um für den Vater „ein Pens Fufel“ (1/4 Liter Branntwein) zu holen.

Die Kinder, die im Weberhaufe stets reichlich beschäftigt waren und täglich nach der Schulzeit den Einschlag von den Bobinen auf die kleineren Spulen für das Schöpflein zu übertragen hatten, erhielten als Anerkennung für ihren Fleiß drei oder vier Pfennige, die ihnen die Mutter in die tönernen Sparsbüchse legte.

Wenn „Frau Mode“ Samt und Seide hold war, dann hatten die Weber gute Tage. Bei gewöhnlichem Geschäftsgang bewegte sich unser tägliches Verdienst zwischen 18 und 22 Groschen. Eine Einnahme von 25 Groschen war eine Seltenheit.

Die Stadt Süchteln, die Ausstellerin der niederrheinischen Weberstube, hat unzweifelhaft durch ihre Veranstaltung der Heimatschau einen großen Dienst erwiesen. Während vor dem Weltkriege wenigstens hier und da noch ein Handweber am Niederrhein anzutreffen war, findet man heute höchst selten noch dort einen Handstuhl im Betrieb.

Sekretariatskonferenz in Montjoie.

Eine sehr gut verlaufene Versammlung fand am Dienstag, den 8. Juli, im großen Saale des Gesellenhauses in Montjoie statt. Recht zahlreich waren die Kollegen und besonders die Kolleginnen aus Montjoie und Umgegend erschienen, um den Bericht über den Verlauf der Verbandsgeneralversammlung vom Kollegen Graf-Nachen entgegen zu nehmen.

Bierjen. Ein Tag der Freude. — Sonntag im. Ein Tag der Arbeitsruhe, der Erholung im Kreise der Seinen, da wir schon zu wandern durch Gottes freie Natur, neue Kraft zu schöpfen für die folgenden Tage der Arbeit in den dampfenden Fabrikräumen.

schließen. Dort begrüßte der Kollege Nohfemes die zahlreich Erschienenen. Der heutige Tag sei ein Tag der Erholung, der gegenseitigen Ermunterung. Du geite es die Alltagsorgen für einige Stunden zu vergessen, um neue Kraft zu schöpfen für die Durchführung der hehren Ideale unserer Bewegung.

Der Regen hatte mittlerweile dem schönsten Sonnenschein Platz gemacht; daraufhin entwickelte sich in den herrlichen Buchenanlagen schnell ein recht bewegtes Leben, Belustigungen aller Art für Kinder und Erwachsene sorgten für Unterhaltung und Abwechslung.

Auch der Bezirksleiter, Kollege Johann Müller, Grefeld, hatte es sich nicht nehmen lassen, an der Veranstaltung teilzunehmen. Während deren Verlauf wies er in einer Ansprache auf die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenstehens hin. Mehr denn je müsse nach dem Versagen der sozialistischen Bewegung die christliche Arbeiterschaft ihren Mann stellen.

Mandolinenvorträge, Polonaise, Reigen, Tanz usw. hielten die Teilnehmer bis neun Uhr in gemüthlicher Unterhaltung zusammen. Wohlgemut, im Bewußtsein einen schönen Mitttag verlebt zu haben, wurde Abschied genommen mit dem Wunsch: auf Wiedersehen im nächsten Jahre.

Buchbesprechung.

Die Grundlagen der Volkswirtschaftspolitik von Prof. Dr. Götz Briefs. 10 Bände. Herausgeber: Eduard Herzog und Georg Wieber. Scho-Verlag, Duisburg. 1 Mark.

Die aufsteigende Flut manchesterlicher Wirtschaftsanschauungen und der sozialen Reaktion machen es notwendig, sich wieder auf die wirklichen Grundlagen einer wahren Volkswirtschaftspolitik zu besinnen. Mit der ihm eigenen Gründlichkeit untersucht Prof. Briefs Ausgangspunkt und Wirkungen. Prof. Briefs ist in den letzten Wochen in eine scharfe Kampfstellung zum Unternehmertum geraten, weil er auf Grund spezieller Studien die aufsteigende soziale Reaktion beleuchtete und den vielbeachteten Aufsatz badischer Universitätsprofessoren veranlaßte.

Der Scho-Verlag hat sich entschlossen, für die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften und des deutschen Gewerkschaftsbundes einen billigen Monat der „Bücher der Arbeit“ zu veranstalten. Alle bis jetzt erschienenen Bände sollen pro Band statt 1 Mark, 65 Pfennig kosten.

Besondere Bekanntmachung.

Die Ortsgruppenvorstände bitten wir dringend, etwaige überzählige Exemplare unserer Lehrerbildungszeitung jedesmal sofort bei der

Druckerei Joh. van Aken, Grefeld, Luis. Kirchstraße 65,

abzubesellen. Die Versendung der Zeitung erfolgt direkt von Grefeld aus an die Ortsgruppen. Ist die Ueberaufgabe des Verbandsorgans unvernünftig hoch, so entstehen dadurch dem Verbands allwöchentlich erhebliche unnötige Ausgaben.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Die Ansprüche der Arbeiterschaft auf Mitbestimmung und Mitbest der Arbeit. — Arbeitsperre. — Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Verbandsgebiet. — Allgemeine Rundschau: Vorbereitungen zum Sturm gegen die Sozialpolitik. — Jacob Gutkunst. — Raus aus die Kartoffel. — Ein in die Kartoffel. — Agrarfrage und sozialdemokratische Agitation. — Sozialpolitische: Der Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten. — Aus unserer Bewegung: „Was geht in den christlichen Gewerkschaften vor?“ — Die Gewerkschaften beim Reichstanzler. — Ein religiös-ethischer Kursus. — Ein Kursus für Wohlfahrtspflege. — Lohnbewegungen und Arbeitsfreistellen: Die Arbeiterferien in der Grefelder Seiden- und Sammetindustrie. — Die Lohnsätze in der Grefelder Seidenindustrie verlängert. — Aus dem Verbandsgebiet: Konferenzen in Südbahern. — Berichte aus den Ortsgruppen: Beim niederrheinischen Handweber. — Sekretariatskonferenz in Montjoie. — Bierjen. — Buchbesprechung. — Besondere Bekanntmachung.

Für die Schriftleitung verantwortlich Gerhard Müller, Düsseldorf 100, Sonnenstr. 33.